

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Jugendarbeitslosigkeit in Europa gemeinsam entschlossen bekämpfen!

Rede vom 24. Januar 2014, 28. Sitzung, Tagesordnungspunkt 34
Erste Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finden Sie in der Drucksache [17/1117](#).

Weitere Redner waren:

Mustafa Erkan (SPD), Klaus Krumfuß (CDU), Thomas Schremmer (GRÜNE) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Frau König, Sie haben das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jugendarbeitslosigkeit ist eine ernste Sache, wer wollte das bestreiten? Wir haben in Deutschland lange dafür gekämpft, unsere Quote zu verbessern. Insbesondere hier in Niedersachsen haben CDU und FDP dabei einen großen Erfolg erzielt. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Von daher können andere Länder durchaus von uns lernen. Allerdings haben die anderen europäischen Länder auch andere Probleme. Sehen wir uns beispielsweise die Situation in Spanien an. Dort sind viele Hochschulabsolventen trotz hervorragender Abschlüsse arbeitslos. Genauso ist es bei den gering und nicht Qualifizierten. Aber es fehlt auch schlicht an Arbeit. Bei einer Arbeitslosenquote von 26,7 % ist es wahrlich schwierig, diese jungen Menschen unterzubringen. Da darf es uns nicht verwundern, dass wir dort eine so hohe Arbeitslosigkeit vorfinden.

Finanzielle Anreize sind gut, aber sie allein reichen nicht. Mein Kollege Krumfuß hat eben klar gesagt, welche Möglichkeiten bestehen, das zu ändern.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, Sie fordern, um 6 Milliarden Euro aufzustocken, weil das Geld nicht reicht. Damit schnüren Sie aber möglicherweise ein Rettungspaket, ohne dass diese Vorhaben mit klaren Programmen unterlegt sind. Das Geld muss von irgendwoher - vom Steuerzahler! - kommen. Es wird entsprechend der Arbeitslosenquote verteilt. Und wo bleibt es dann? - Möglicherweise versickert es in irgendwelchen Kanälen, die wir nicht ergründen können.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Was wollen Sie denn? Erzählen Sie uns mal, was Sie eigentlich bei der Jugendarbeitslosigkeit machen wollen! Bisher erzählen Sie immer nur, was Sie *nicht* wollen!)

- Moment, Herr Will. Hören Sie bitte zu!

Ich zitiere aus einem Bericht von Herrn Dr. Gros. Er ist Direktor des Center for European Polity Studies, einer der anerkanntesten Denkfabriken in der EU. Herr Dr. Gros sagt, die EU-Krisenländer würden allzu leicht aus ihrer originären Verantwortung für das Schicksal der jungen Erwerbslosen gelassen.

Was haben die Korrespondenten aus Griechenland, Portugal und Italien dazu gesagt? - In dem Bericht heißt es:

In Griechenland gebe es kein einziges Projekt der Regierung. Die Politiker seien mit sich selbst beschäftigt. Staatliche Maßnahmen auf diesem Gebiet gebe es nicht, schildert Alkyone Karamanolis in ihrer Reportage.

Ähnlich ist es in Portugal. Dort ist ebenfalls Fehlanzeige, wenn es um den Erfolg staatlicher Maßnahmen geht. Allein Privatinitiativen seien zu vermelden. Die Unternehmen würden im Prinzip nur dann junge Arbeitslose anstellen, wenn sie dafür entsprechende Hilfgelder aus Brüssel erhalten. So das Fazit von Jochen Faget aus Lissabon.

In Italien ist es genauso. Dort würden zwar Projekte zur Eindämmung der hohen Jugendarbeitslosigkeit propagiert - wie etwa Praktika und Fortbildungsmaßnahmen -, aber im Alltag sei davon wenig zu spüren.

Da, meine Damen und Herren, müssen wir doch ansetzen! Wir können doch nicht einfach so tun, als wenn das Geld schon allein dadurch etwas bewirkt, dass es in irgendeiner Form ausgeschüttet wird. Unter dem Strich muss dabei doch auch etwas herauskommen. Man kann doch nicht allein nach dem Motto verfahren: Wir wollen unser Gewissen erleichtern, deshalb geben wir Geld dahin, und dann wird schon alles gut.

Das, was wir hierzu in der Ems-Achse propagiert haben, das, wofür wir letztlich überall im Ausland selber tätig werden, sind ganz wichtige Dinge. So etwas müssen wir auf den Weg bringen.

Das Geld, das wir zur Verfügung stellen - diese 6 Milliarden Euro -, muss ein An Schub sein, um überhaupt erst einmal in die Programmsituation einzusteigen. Aber letztendlich können wir die Länder nicht aus ihrer Pflicht entlassen. Sie sind dafür zuständig, dass bei ihnen die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Dabei können wir Hilfestellung leisten. Aber einfach nur Rettungsschirme aufzuspannen und in irgendeiner Form Gelder auszuteilen, ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sehr richtig!)

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung damit zu befassen. Wer das unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind deutlich über 30 Abgeordnete. Das ist dann so beschlossen.